

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 3,00 M. Im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich Postgebühren. Auslandsendungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendsausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Wort und Bild“ und „Rundschau“, „Fremde Unterhaltung“ und „Wissen“, „Fragen“, „Rat“, „Licht“ in der Bucherwelt und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“... Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“... Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönholt 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Treppentafelstr. 8

Chamberlain weicht aus.

Auf unbequeme Fragen der Arbeiterpartei keine Antwort.

London, 19. Dezember.

Im Unterhaus wurde Chamberlain von verschiedenen Mitgliedern befragt, ob er über seine Besprechungen in Lugano insbesondere hinsichtlich der Rheinlandräumung und der Reparationsfrage eine Erklärung abzugeben gedenke. Chamberlain führte aus: Ich habe dem in Lugano ausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wenig hinzuzufügen. Die Ratstagung in Lugano war das erste Zusammentreffen zwischen Briand, Dr. Stresemann und mir seit März. Sie gab uns Gelegenheit zur Beseitigung einiger Mißverständnisse und zu einem sehr freundlichen Meinungsaustausch, wie er jedes Mal bei unserem Zusammentreffen stattzufinden pflegt. Es wurde kein neuer Beschluß gefaßt oder angestrebt. Die Reparationsfrage wird auf dem ordentlichen Wege behandelt, und wir haben nicht verhehlt, daß diesbezüglichen Verhandlungen, deren Mittelpunkt Paris ist, durch Parallelverhandlungen zu komplizieren. Wir sind darüber einig, daß in erster Linie die Einsetzung des Sachverständigenausschusses gesichert werden muß, und wir hoffen, daß dieser Ausschuss möglichst bald nach Beginn des neuen Jahres die Arbeit aufnehmen kann. Unsere Erörterungen über die anderen in der Septemberversammlung der sechs Mächte erwähnten Fragen hatten lediglich sondernde und vorbereitende Charakter. Aber ich gewann aus ihnen den Eindruck, daß die Umstände einer Lösung günstig sind, wenn weitere Polsemiken vermieden werden können, solange die Sachverständigen an der Erfüllung ihrer Aufgabe arbeiten. Das ist alles, was ich im öffentlichen Interesse und im Interesse des Friedens gegenwärtig sagen kann.

Am weiteren Verlauf der Unterhausdebatte fragte Kenworthy: Werden irgendwelche Vorschläge gemacht werden, um die Räumung des Rheinlandes zu erreichen? Ist es richtig, daß jetzt mit der Räumungsfrage ein sogenannter

polnischer Cocarnovertrag

verknüpft wird?

Chamberlain antwortete: Ich habe bereits mitgeteilt, daß ich in den von mir erteilten Antworten alles gesagt habe, was im öffentlichen Interesse Englands oder im Interesse des Friedens zu sagen

ist. Ich muß es ablehnen, irgend eine weitere Frage zu beantworten.

Auf diese Erklärung Chamberlains folgte ein Meinungs-austausch zwischen Mitgliedern der Arbeiterpartei und dem Sprecher.

Der Sprecher gestattete nicht, daß weitere Fragen in dieser Sache gestellt wurden.

und die Mitglieder der Arbeiterpartei protestierten dagegen, daß es ihnen, wenn es auch dem Minister nicht verfaßt werden könne, eine Antwort abzulehnen, nicht wenigstens gestattet wäre, Fragen zu stellen.

Wedgwood richtete dann an Chamberlain die Frage, ob er im Hinblick darauf, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, irgend eine Art von Kontrolle im Rheinland nach 1935 in Erwägung zu ziehen, mitteilen wolle, ob diese Ablehnung oder die französische Forderung nach einer solchen Kontrolle die Unterstützung der englischen Regierung habe.

Chamberlain verwies den Fragesteller auf die Angaben des dritten Abschnittes des der Presse in Genf am 16. September übergebenen Kommuniqués und auf die Angaben des der Presse in Lugano am 15. Dezember übergebenen Kommuniqués und lenkte die Aufmerksamkeit des Fragestellers besonders auf den letzten Absatz des Kommuniqués von Lugano, das er zitierte.

Wedgwood entgegnete darauf, dies beziehe sich nicht auf seine Frage. Er fragte weiter: Treten wir in den Verhandlungen, die jetzt im Zusammenhang mit der Dauer dieses Kontrollauschusses vor sich gehen, für den französischen Vorschlag ein, daß der

Kontrollauschuss auch nach 1935

weiterbestehen soll, oder für den deutschen Vorschlag, der seine Dauer bis 1935 begrenzt wissen will, oder haben wir in dieser Frage überhaupt nicht Stellung genommen?

Chamberlain verwies Wedgwood in seiner Entgegnung auf die vorhergehende Frage und erklärte, er habe alles gesagt, was gegenwärtig nützlich oder angemessen zu sagen sei.

Eine Komödie der Diktatur.

Das künftige Wahlsystem in Italien.

Cocarno, 19. Dezember.

Nur Wenige können sich wohl, nach den stückweisen Mitteilungen der Presse, eine klare Vorstellung davon machen, wie die kommenden Kammerwahlen in Italien stattfinden sollen. Bisher hatte man in Italien das allgemeine Wahlrecht. Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hatte, war wahlberechtigt. Heute ist das Wahlrecht auf die Mitglieder der faschistischen Syndikate beschränkt. Aber die entrechteten übrigen Bürger verlieren nicht eben viel, denn es ist ein Wahlrecht eigener Art, aus dem die berühmte „Ständevertretung“ hervorgehen soll. Während sonst bei indirekten Wahlen der erste Grad wieder Wähler wählt, also gewissermaßen sein Wahlrecht durch Delegation ausüben läßt, stellen die berechtigten Körperschaften im faschistischen Regime durch ihre Nationalräte nur Kandidaten auf. Bei dem autokratischen Stil des Faschismus bedeutet das, daß die der Bestätigung durch die Regierung bedürftigen Sekretäre dieser Körperschaft die Kandidaten bezeichnen.

Und zwar bezeichnen die Syndikate der Arbeiter und Unternehmer zu gleichen Teilen 800 Kandidaten, während die übrigen 200 von nicht syndikalischen Verbänden bezeichnet werden, nämlich von denen, die, wie die Staatsbeamten und Staatsarbeiter von der syndikalischen Organisation gänzlich ausgeschlossen sind, von kulturellen Verbänden, wie der „Dante Alighieri“, von den Universitäten, den Mittelschulen, von Sportvereinigungen und dem Verband der Kriegsinvaliden. Als einzige politische Organisation finden wir das „Katholische Zentrum“, die faschistischen Merikalen mit dem Recht auf 8 Namen.

So bekommen wir eine Liste von 1000 Namen, während nur 400 Abgeordnete zu wählen sind. Nun tritt der hohe Rat des Faschismus in Funktion, der die Abgeordneten aus den 1000 auswählt. Er kann aber die Vierhundert auch durch Personen ergänzen, die gar nicht vorgeschlagen wurden, kann im übrigen, falls nicht weitere Ausführungsbestimmungen ihm beschränken sollten, mit den Vorgeschlagenen schalten und walten wie ihm paßt. Er braucht von den Vorgeschlagenen der Arbeitersyndikate nicht eben soviel zu wählen, wie von denen der Unternehmersyndikate.

Dieser hohe Rat, der seinen Funktionen nach eine Promenadenmischung von exekutiver und legislativer Gewalt darstellt, setzt sich zusammen aus Mitgliedern auf Lebenszeit und aus solchen, die ihrem Amt die Mitgliedschaft verdanken. Unter den „Lebenslänglichen“ befinden sich einige, die auch in anderen Ländern es zu etwas „Lebenslänglichem“ gebracht hätten, sogar mit Staatsverpflanzung, die sie als Mitglieder des hohen Rates nicht genießen. Auf Lebenszeit gehören der Körperschaft an: 1. die „Quadrumbirenen“ des Marsches auf Rom; 2. die Generalsekretäre der faschistischen Partei seit 1922; 3. die Mitglieder der Regierung, die bereits drei Jahre dem hohen Rat angehören. Unter 1 und 2 haben wir eine kleine Verbrechergalerie, nämlich drei der „Quadrumbirenen“, De Vecchi, der nach der grauenhaften Ermordung von 20 Sozialisten und Kommunisten im Dezember 1922 den Mörderin telegaphisch seine Verleumdung aussprach (er war damals Unterstaatssekretär für Kriegs-pensionen); Del Bono, der als Generaldirektor der Polizei den Mörderin Matteotti die falschen Pässe ausstellen ließ, bei der Vorbereitung des Mordes und den Versuchen, seine Spuren zu verwischen, beteiligt war und moralisch verurteilt aus dem Prozeß vor dem Senat als Oberster Gerichtshof hervorging; Italo Balbo, heute Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, gegen den die Staatsanwaltschaft vergebens den Antrag auf Strafverfolgung als Auftraggeber der Ermordung des Erzpriesters Don Minzoni bei der Kammer gestellt hat. Unter 3 haben wir die abgelegten und weiter wirkenden Generalsekretäre, also Giuntia, den nur sein Parlamentsmandat von der Verurteilung wegen verurteilten Mordes an dem Abgeordneten Forni geschützt hat, Farinacci, der sich selbst durch den Ruf „es lebe Dumin!“ und durch eine unter seinem Ehrenwort erklärte Lüge gekennzeichnet hat. Marinelli, der zusammen mit Cocarino Pessi und Del Bono den Mord an Matteotti vorbereitete. Soviel zur Charakteristik des moralischen Niveaus.

Auf Grund ihres Amtes gehören dem hohen Rat an: die Präsidenten des Senats und der Kammer, die Minister, der Unterstaatssekretär der Ministerpräsidentenschaft, der Generalissimus der faschistischen Miliz, die Mitglieder des faschistischen Parteivorstandes, die Präsidenten der (noch zu bildenden) italienischen Akademie und des faschistischen Bildungsinstituts, der faschistischen Kinderorganisation, des Spezialgerichts, der syndikalischen Konföderationen und des Genossenschaftsverbandes. Alle diese, deren Sitz im hohen Rat aus ihrem Amte folgt, werden durch königliches Dekret ernannt. Andere Mitglieder, für deren Wahl nur der Wille Mussolinis entscheidet, können auf 3 Jahre durch Dekret des Premierministers ernannt werden, unter denen, die Verdienste um die Nation und die faschistische Revolution haben. Die dem König zugewiesene Aufgabe,

Die Kriegsgefahr gebannt.

Aufgaben der Schlichtungskommission in Südamerika.

Paris, 19. Dezember.

Nach einer Meldung aus Washington nimmt man an, daß das von der Panamerikanischen Konferenz mit der Beilegung des Konflikts zwischen Bolivien und Paraguay zu betreuende Komitee lediglich die letzte Phase des Streikfalls, vor allem die vier oder fünf bewaffneten Zusammenstöße in den letzten zehn Tagen, berücksichtigen werde. Der eigentliche Grenzstreit, der nunmehr seit 50 Jahren anhängig sei, werde wahrscheinlich einem anderen Vergleichsorganismus überlassen werden.

Die Regierung von Paraguay hat nach der Einberufung von 30 000 Reservisten die Einberufungsmaßnahmen eingestellt. Die Streitkräfte von Bolivien haben sich auf ihre Operationsbasis zurückgezogen.

Besprechungen in Paris.

Paris, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der französische Außenminister hatte am Mittwoch mehrere Besprechungen mit dem Generalsekretär des Völkerbundes sowie den Vertretern einer ganzen Reihe südamerikanischer Staaten. Man schreibt allgemein der von Briand entfalteten Aktivität das Hauptverdienst an der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsgefahr zwischen den beiden südamerikanischen Republiken zu.

Der „Temps“ erklärt am Mittwoch abend, daß die Entscheidung der beiden Staaten, die Panamerikanische Konferenz anzurufen, durchaus ihren Verpflichtungen als Völkerbundmitglieder entspräche, die wohl die friedliche Beilegung von Konflikten, aber keine In-fanz vorschrieben. Der Völkerbund würde, meint das Blatt, vielleicht sogar auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen sein, wenn der Rat das Schlichteramt hätte übernehmen sollen.

Die Aufgabe des Völkerbundes vorläufig erfüllt.

London, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

In England meint man auf, nachdem Bolivien und Paraguay das Schlichteramt der Panamerikanischen Konferenz angenommen haben. Es wird erwartet, daß der Völkerbund jetzt nicht weiter eingzugreifen braucht und zunächst eine abwartende Haltung einnehmen kann.

In seiner Rede an Kellogg, in der sich der bolivianische Außenminister bereit erklärt hat, das Schlichteramt der Panamerikanischen Konferenz anzunehmen, wird die Bedingung gestellt, zunächst einmal die Ursachen des Angriffs auf Fort Vanguardia genau feststellen zu lassen. In der bolivianischen Note wird außerdem die von der bolivianischen Regierung immer wieder aufgestellte Behauptung wiederholt, daß Paraguay der Angreifer war und die behauptete Mobilisation der bolivianischen Truppen bestritten.

Wildwest in Nordbayern.

Raubüberfall auf die Stationskasse in Kulmbach.

Kulmbach, 19. Dezember.

Am Mittwoch abend drangen zwei Räuber mit vor-geladenem Revolver in die in der Güterabfertigungsstelle untergebrachte Stationskasse der Station Kulmbach ein und raubten, während sie den Kassenvorwahrer mit der Waffe bedrohten, 9 000 M.

Die Räuber flüchteten darauf mit einem Mietauto nach Lichtenfels, wo sie am Stadteingang von der inzwischen benachrichtigten Gendarmerie angehalten wurden. Während der Führer des Mietautos die Bremse zog, schossen die beiden Räuber durch die Fenster des Autos auf die Gendarmeriebeamten und verletzten dabei einen Oberwachmeister am Arm. Sie flüchteten dann im Schutz der Dunkelheit in Richtung Michelau, verfolgt von den gesamten Beamten der Gendarmeriestation Lichtenfels. Die Gendarmeriebeamten der umliegenden Stationen wurden verständigt, ebenso die Landespolsizei in Coburg und Bamberg. Das gesamte Gelände ist abgesperrt worden und wird jetzt mit Hilfe von zwei Volkshunderten durchsucht.

Moral und Kunst.

Moderoffensive im Landtag.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Partei, der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Zentrums und die Deutsche Fraktion haben im Landtag zwei Urträge und eine Große Anfrage eingebracht, deren Zweck es ist, durch Gesetzgebung und Verwaltungsmassnahmen die Kunst in noch höherem Grade als bisher in ihrer Freiheit zu beengen.

In dem einen Urtrag heißt es:

„Am Theaterleben, insbesondere der Großstädte, zeigen sich in steigendem Maße Erscheinungen, die geeignet sind, die Empfindungen der gesund denkenden Bevölkerung zu verletzen. Wir weisen auf folgende Ausschüsse hin: die immer hemmungstoleranter und oft geistlose Darstellung des Nackten; das Hinsitzeln von Prostituierten und zynischen Joten in die Darstellung; die Verächtlichmachung von Ehe, Familie und Mutterkult; die Verhöhnung religiöser Empfindungen und Anschauungen unter Volkstreue.“

Das Staatsministerium wird ersucht, gegen diese „Auswüchse“ die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaschinerie in Bewegung zu setzen. In dieselbe Reihe schließt die Große Anfrage, wenn sie die Staatsgewalt gegen die Angriffe auf die Fürsorgeerziehung in der Literatur und auf der Bühne zu mobilisieren versucht.

Der zweite Urtrag wendet sich gegen „erotische Erzeugnisse“ in Zeitungsständen, Kiosken, Bahnhofs- und Buchhandlungen, in Schaufenstern und an Plakatsäulen.

Hält man die beiden Urträge und die Anfrage nebeneinander, so ergibt sich, daß sich die in den letzten Wochen erfolgten Aktionen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit, die Standale einiger radikalistischer Nationalisten und die an sich berechtigte Klarstellung des Landesjugendamtes im Fall Lampel zu einer einheitlichen Moderoffensive verdichtet haben, mit der man sich auseinandersetzen muß.

Das Bezeichnende an der von den fünf Parteien nunmehr offiziell sanktionierten Bewegung ist, daß sie sich ohne Ausnahme gegen Kunstwerke richtet, deren sittlicher Ernst auch von der Gegenseite nicht geleugnet wird, nicht aber gegen jene Kunstwerke minderen Grades, die der leichteren Unterhaltung jenseits aller Moral dienen wollen. Zum Angriff stehen: Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“, Bruckners „Verbrecher“ und Lampe's „Revolte im Erziehungsheim“. An dem reuentschaftlichen Amüsbetrieb, der lediglich an Sinnenfreude und Sinnlichkeit appelliert, an den zahlreichen Lustspielen oft zweideutigen Charakters, an dem Plumbetrieb, den näher zu kennzeichnen nicht nötig ist, gehen die Angreifer flüchtig vorüber.

Das kennzeichnet die Situation. Die Offenstoe gilt weniger dem Schutz einer Sittlichkeit, die durch das Theater seiner ganzen Lage nach heute nicht gefährdet werden kann, als einer Gesinnung, die man fürchtet. Es ist der Geist der Rebellion, es ist die „Suchtrote“ im Künstler, wie George Grosz es ausdrückte, die man in einer gewissen Schicht des Bürgertums unheimlich machen möchte.

So lächerlich es ist, in einer Zeit, in der das Problem des Verbrechens und des Strafzuzugs, das Problem des

Eherechts, der Sexualnot, der Umformung altergebrachter Moralanstaltungen und religiöser Begriffe Öffentlichkeit und Parlamente auf das Intenstivste beschäftigt, die Kunst von einer freien Erörterung dieser Probleme ausschließen zu wollen, scheint man diese Lächerlichkeit nicht, wiewohl es stets die Taktik dieser gewissen Bürgerschicht gewesen ist, Formen auch dann noch als staatserhaltend hinzustellen, wenn sie längst zerbrochen sind.

Die antragstellenden Parteien des Landtags begeben sich damit auf das Niveau jenes Pfarrers, der in grotesker Verkennung der Tatsachen nach dem Gotteslästerungsparagraphen rief, als Jungnickel in durchaus frommgeläufiger Absicht den lieben Gott über die Bühne spazieren ließ. Würde das, was die Bürgerblockparteien fordern, Talsache, dann müßte der größte Teil der Werke Strindbergs, dann müßte Bedekind von der Bühne verschwinden und was von der klassischen Literatur vergangener Epochen dann noch übrigbliebe, wäre nicht immer das Wertvollste. Es liegt nun einmal im Wesen des Künstlers, daß sein Werk eine Auseinandersetzung mit den Erscheinungen und Problemen seiner Zeit ist, und daß er die Qual seiner Zeit durch seine Intensität ins Bewußtsein hämmert. Hier durch Normen und Paragraphen reglementieren zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen.

Schiller nennt das Theater — und er meinte die gesamte Kunst damit — eine moralische Anstalt. Das ist auch heute nicht anders. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Moralbegriffe derselben Wandlung unterworfen sind wie die anderen Erscheinungen des Lebens auch. Einen Hauch davon konnte man bei den Erörterungen über die Todesstrafe und die Eherechtsreform in den Reichstagsausschüssen verspüren. Einen Hauch davon verspürte auch der Kritiker der „Germania“ als er nach der Uraufführung der „Verbrecher“ schrieb:

Auch diese „Verbrecher“ sind ein Drama, das seinen Schöpfer ebenso zu Hause zeigt im heutigen Leben wie auf der gegenwärtigen Bühne. Aber sie sind darüber hinaus, ein groß gewagter Griff in das im Zeichen der Prozesse und der Verbrecher täglich hitziger umstrittene Problem von der irdischen Gerechtigkeit. Das fordert mehr als ästhetische Auseinandersetzung; es geht um grundsätzliche. Wer Ferdinand Bruckner auch sei, der geistige Abend offenbarte weit mehr noch als der im Renaissance-Theater den vollgültigen Zeitdramatiker, der seinen Stoff und sein Thema allseitig zu entfalten und ein gutes Bild voranzutragen vermag; aber es ist nicht zu leugnen — das beweist die ideale und die formale Lösung — daß er sich dabei zuletzt verliert in den üblichen modernen, hilflosen Auffassungen. Sein selbst gestecktes Ziel findet er nicht, — jedenfalls noch nicht dramatisch.“

Die Urträge der Antragsteller im Landtag richten sich auch gegen Bruckners „Verbrecher“. Sie richten sich damit, wie das Beispiel zeigt, gegen die erste Kunst als solche, und damit richten sie sich selbst. Zum Schutze der Sittlichkeit gegen böswillige Plauderkunstwerke genügen die bestehenden Sicherungen vollst. Der Versuch, darüber hinaus die Kunst zu knebeln, wird mißlingen.

die zu ernennen, die ihm Mussolini vorschreibt, ohne bei dem von Mussolini Ernannten mitreden zu können, scheint vom „Becco Stallo“, dem jetzt in Paris erscheinenden Wipblatt erfunden zu sein. Es zeigte unlängst einen Affen, der seiner kostbaren Drüsen beraubt war, um Mussolini die Boronoffische Verjüngung zu ermöglichen. „Was tun wir nun mit dem armen Tier?“ — „Das kann ja König werden.“

So ist die Körperlichkeit beschaffen, die die Abgeordneten ernannt. Jedes ihrer Mitglieder ist von Mussolini ernannt worden oder hat seiner Bestätigung bedurft. Die Liste des hohen Rats wird dann von den Syndikatsmitgliedern in Urnen gesteckt. Das nennt man Bestätigung. Die Ausführungsbestimmungen darüber fehlen noch.

Wenn sich in dem ganzen System irgend etwas fände, durch das sich der Wille der Wähler kundtun könnte, so müßte man sagen, es wäre eine ungeheure Benachteiligung der arbeitenden Masse, das mit seiner Millionen umfassenden Kopfzahl nur ebensoviel Vertreterorschläge darf wie die paar Tausend Unternehmer und Grundbesitzer. Da es aber überhaupt kein Wahlsystem ist, kann man es nicht als solches kritisieren. Das ganze ist nur ein kostspieliger Vorhang, hinter dem Mussolini und eine Handvoll seiner Kreaturen Privilegien verschänken oder verschauern. Der Ministerpräsident hat ganz offen gesagt, daß die neue „Ständevertretung“ nach dem Umweg über Syndikate und hohen Rat „die übergroße Mehrheit“ der bisherigen Abgeordneten wieder nach Montecitorio bringen wird. Dafür die Umstände!

Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten?

Eine Komplizierung des Reichsbahnkonflikts.

Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, beabsichtigt sein Rücktrittsgesuch einzureichen, um damit gegen das Vorgehen der Reichsregierung bei der Ernennung der neuen Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahngesellschaft zu protestieren. Eine solche Demonstration wäre überaus bedauerlich, sie müßte den Eindruck hervorrufen, daß Herr Dr. Simons die Reichsregierung eines Rechtsbruches beschuldige. Von einem Rechtsbruch ist keine Rede.

Ein solcher Schritt würde ferner den Reichsgerichtspräsidenten dem Vorwurf der Inkonsistenz aussetzen. Er hat seinerzeit hingenommen, daß die Regierung März einem Urteil des Staatsgerichtshofs nicht zur Ausführung verhelfen hat. Damals lag ein Urteil vor — heute handelt es sich um ein nicht abgeschlossenes Verfahren, bis zu dessen Entscheidung die Reichsregierung ihre volle Handlungsfreiheit behält.

Eine Komplizierung des Reichsbahnkonflikts durch ein Rücktrittsgesuch des Reichsgerichtspräsidenten wäre deshalb in jeder Hinsicht zu bedauern.

Bayern macht nicht mit!

München, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Bayern hat sich in der Frage der Besetzung der Verwaltungsratsmitglieder bei der deutschen Reichsbahn dem Vorgehen Badens nicht angeschlossen. Dies ist nach einer Mitteilung von ausländischer Seite darauf zurückzuführen, daß die augenblickliche Situation Bayerns in dieser Frage dem Reich und der Reichsbahn gegenüber eine andere ist als die der Länder Baden, Württemberg und Sachsen. Bayern ist im Verwaltungsrat der Reichsbahn nach wie vor durch den früheren Augsburg Eisenbahnpräsidenten Dr. Hertel vertreten. Würdigen werden die Interessen Bayerns durch die Feststellungsfrage des Reichs beim Staatsgerichtshof berührt werden. Durch diese Klage soll eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeigeführt werden, daß den Ländern Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern überhaupt kein Vertreter im Verwaltungsrat zusteht.

In diesem Zusammenhang interessiert ein sogenannter Rückverpflichtungsvertrag, den Bayern im Anschluß an die Abmachungen des Frühjahr 1924 mit dem Reich geschlossen hat. In diesem im Juli des gleichen Jahres abgeschlossenen Vertrag, der bloßer der Deffenzlichkeit nicht bekannt geworden ist, hat sich Bayern nach einer Mitteilung der „Bayrischen Staatszeitung“ seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn nochmals durch das Reich anerkennen lassen. Die übrigen süddeutschen Länder erblicken in diesem Geheimvertrag eine Parts Illiquidität Bayerns.

Monarchisch usw.!

Eine nicht ganz ungetrübte Jubelfeier.

Gestern war es zehn Jahre her, daß der erste Vorstand der Deutschnationalen Partei unter Vorsitz des Staatsministers a. D. Herz gebildet wurde. Herr Herz hat aus diesem Anlaß eine Elegie verfaßt, die er jedoch in keinem der zahlreichen deutsch-nationalen Blätter Berlins unterbringen konnte. Die „Pommersche Tagespost“ in Stettin, wo man noch nicht so hugenbergisch ist wie anderwärts, hat sie abgedruckt. Herr Herz betont, daß es sich um „keine ganz ungetrübte Jubelfeier“ handle, zumal sich die Deutschnationale Partei „in vorübergehenden Widrigkeiten“ befinde, die wiederum auf etwas Vorübergehendes, nämlich auf ihre einkirchliche Regierungstätigkeit, zurückzuführen sind. Denn, so schreibt er wörtlich:

Je größer der Glaube an unseren unerrückbaren Idealismus war, um so stärker mußte die Enttäuschung sein, wenn es in der praktischen Ausübung zu Kompromissen kam, die jedenfalls zunächst wie eine Einbuße an nationaler, monarchischer usw. Einstellung aussehbar.

Nun soll die nationale, monarchische usw. Einstellung wieder zur vollen Höhe des Prinzips entwickelt werden, und erschüttert fühlt man das edle Pathos echter Ueberzeugung, das aus diesem „usw.“ erbebt. . .

Reichswehr, Republik, Monarchie . . .

Generalleutnant Bälwirth, Befehlshaber des Wehrkreises IV, hatte in einer Geheimbesprechung monarchistischer Offiziersverbände angeregt, auf einem Uebungsplatz der Reichswehr bei Dresden ein Denkmal zur Erinnerung an die „königlich preussische Armee“ aus Reichswehrmitteln zu errichten mit dem ausdrücklichen Ersuchen, die ganze Angelegenheit streng geheim zu halten, 500 M. zu dem Zweck zur Verfügung gestellt. Reichswehrminister Groener erfuhr davon und fand die Sache nach eingehender Prüfung befriedigend. General Bälwirth wurde darauf die Abkündigung des Reichswehrministers umgesprochen, da sich sein Verhalten mit den Dienstpflichten eines auf die Republik vereidigten Offiziers nicht vereinbaren lasse . . .

Westarp polemisiert.

Den Sad schlägt man, den Esel meint man.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, polemisiert gegen „ein nationales Blatt“, das den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Treviranus Vorwürfe wegen seiner Panzerkreuzzugrede im Reichstag gemacht hat. Herr Treviranus hatte der Haltung Friedrich Oberis zum Wehrproblem Anerkennung gesollt Herr Birch hatte diesen Satz in der „Deutschen Republik“ tröstlich unterstrichen, und Herr Treviranus dadurch bei den Patennationalen verdächtig gemacht. Graf Westarp stellt sich vor Treviranus und erklärt in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Im übrigen wird man es nicht als unzulässig betrachten können, wenn ein verantwortlicher Politiker einzelne Leistungen auch anerkennt. Das ist der Schärfe des politischen Kampfes da, wo er notwendig ist, keinen Abbruch.“

Wozu diese öffentliche Feststellung einer politischen Elementarwelsheit? Weil Herr Treviranus seit seiner Panzerkreuzzugrede Herrn Hugenberg nicht mehr als zuverlässig erscheint. Herr Graf Westarp, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, belehrt also Herrn Hugenberg, den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, auf dem Umwege einer Polemik gegen ein „nationales Blatt“ über politische Elementarwelsheiten.

Kommunistentheater im Landtag.

Ein Mißtrauensantrag, der die Weihnachtsserien unterbricht.

Am Schluß der gestrigen Landtagssitzung brachten die Kommunisten noch einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett wegen der Geheimhaltung der Konfordatoverhandlungen ein. Ihr Antrag, darüber schon am Donnerstag, dem 20. Dezember, zu verhandeln, wurde abgelehnt.

Da nach den Bestimmungen der Verfassung über ein eingebrachtes Mißtrauensvotum die Entscheidung innerhalb vierzehn Tage fallen muß, hat der sofort nach Schluß der Sitzung zusammenberufene Kabinettsrat beschloffen, die Aussprache über das Mißtrauensvotum am 28. Dezember, 13 Uhr, und die Abstimmung darüber am 2. Januar 1929, ebenfalls 7 Uhr, stattfinden zu lassen.

Die Kommunisten wissen natürlich genau, daß ihr Mißtrauensvotum der Ablehnung verfallt. Es kam ihnen also nur darauf an, Theater zu machen. Jedenfalls soll diese neueste Aktion ihren Reuten im Lande zeigen, daß auch sie im Parlament „positive Arbeit“ leisten.

Wo stehen wir mit Polen?

Dr. Hermes erstaltet in Berlin Bericht.

Das deutsche und das polnische Volk sind im Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen, die den jetzt dreieinhalb Jahre währenden deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg beenden sollten, von der Handelsvertragsdiplomatie so oft enttäuscht worden, daß die allgemeine Skepsis gegenüber dem weiteren Verlauf der Verhandlungen berechtigt erscheint.

In der letzten Aussprache der beiden Delegationsführer am Sonntag scheint nun aber eine Anzahl wichtiger Verhandlungspunkte so weit geklärt worden zu sein, daß endlich die Grundzüge für einen Vertragsabschluss auf breiter Basis gegeben ist. So wurden die beiderseitigen Ansichten über die Ausfuhr von polnischem Vieh und von Viehprodukten so weit festgestellt, daß auf der nächsten Verhandlung die Frage des Schweineexports und der Durchfuhr polnischer Schweine durch deutsches Gebiet zur Sprache kommen kann. In der noch nicht geklärten Frage des Holzabkommens fordert Polen eine völlig getrennte Behandlung von den übrigen Handelsvertragsfragen, so daß sich Dr. Hermes neue Instruktionen von der Reichsregierung einholen muß.

Da Polen die Einzelheiten des vorliegenden deutschen Angebotes als gegebene Grundlage für einen Vertragsabschluss ansieht, kann Deutschland erwarten, daß die polnische Delegation sich positive Vorschläge zu den wichtigsten deutschen Forderungen der Befestigung bestimmter Einfuhrzölle und der Ermäßigung verschiedener besonders industrieller Zolltarifposten machen wird. Auch die Frage der Anpassung der polnischen Frachtsätze an die Sonderfrachttarife nach Danzig und dem polnischen Hofen Gdingen, die Deutschland im Interesse von Estlin und Königsberg fordert, muß noch geklärt werden.

Die nächste Zusammenkunft der Verhandlungsführer ist auf den 9. Januar 1929 festgesetzt worden. Ohne übertriebene Erwartungen zu hegen, läßt sich doch feststellen, daß die nach dem Abbruch im Oktober gänzlich verfahrenen Verhandlungen ernstlicherweise wieder in Fluß gekommen sind, so daß der Abschluß eines umfassenden deutsch-polnischen Handelsvertrages wieder wenigstens in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist.

Die kassierte Protestwahl.

Aufregung in Belgien.

Brüssel, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat die Wahl des Flamenführers Borms in Antwerpen für ungültig und den unterlegenen Liberalen Baesbe für gewählt erklärt. Dieses Verfahren hat in den flämischen Landesteilen Entrüstung verursacht. Demonstrationen für und wider die Entziehung der Kammer sind in ganz Belgien an der Tagesordnung. In Löwen sind mehrere Studenten wegen Teilnahme an einer flämisch-antibellischen Demonstration von der Universität ausgeschlossen worden. Am Donnerstag soll eine große nationalistische Studentendemonstration in Brüssel vor sich gehen.

Der Senat wird das Amnestiegesetz wider Erwarten nicht schon in dieser Woche, sondern erst im Januar 1929 behandeln. Es ist unbestimmt, ob dadurch auch die Freilassung des Borms bis dahin verzögert wird. Vielleicht folgt ihn die Regierung noch vor Weihnachten von sich aus auf freien Fuß.

Der Reichparteivorstand des Zentrums, der in Köln neu gewählt wurde, hält am Sonntag, dem 20. Januar 1929, in Berlin seine erste Sitzung ab. Auf dieser Tagung wird der geschäftsführende Vorstand gewählt werden.

Gewerkschaftlicher Vormarsch.

Die Metallarbeiter rüsten. — Aufstieg des Verkehrsverbandes.

Stuttgart, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Am 17. und 18. Dezember 1928 befand sich der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart mit der Durchführung der bevorstehenden Lohnbewegungen unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei den Kämpfen in der Schwerindustrie.

Die Merkmale wechselnder Konjunktur werden von Unternehmerkreisen aus sehr durchsichtigen Gründen ganz erheblich übertrieben, und es hat den Anschein, als wenn diese Gelegenheiten durch Kündigung der Tarife ausgenutzt werden soll. In einigen Gebieten haben die Unternehmerverbände die Verlängerung der bestehenden Tarife für einige Jahre verlangt unter „großmütigem“ Verzicht auf die so notwendige Lohnherabsetzung.

Demgegenüber stellt der erweiterte Beirat fest, daß die Tariflöhne in der Metallindustrie ganz erheblich hinter den Tariflöhnen in anderen Industrien zurückgeblieben sind. Auch Klassen unerträgliche Spannen zwischen den Tariflöhnen und den wirklichen Verdiensten, so daß ein Stillstand der Tarifentwicklung in der Metallindustrie gar nicht erwogen werden kann. Die laufenden und bevorstehenden Lohnbewegungen sind deshalb auf das positive Ziel einer Verbesserung der Tarife eingestellt. Der Kampf in der Schwerindustrie und der noch nicht abgeschlossene Werksarbeiterstreik haben den Deutschen Metallarbeiterverband in jeder Beziehung gestärkt. Im Bewußtsein seiner Kraft, aber auch seiner Verantwortlichkeit, werden die Kämpfe geführt und bestanden werden.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden die Bemühungen des Vorstandes besprochen, mit einigen anderen freien Gewerkschaften zu Kartellverträgen zu kommen. Insbesondere löste der Bericht über die Verhandlungen mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband eine Debatte aus, die die bestehenden Schwierigkeiten sehr deutlich werden ließ. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse wurden teilweise sehr scharf besprochen, doch ist die Fortführung der Verhandlungen nicht abgelehnt.

Zu dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband wurde eine Anzahl Wünsche zur Berücksichtigung bei weiteren Verhandlungen vorgebracht. Dem Abschluß eines Vertrages steht der Beirat sympathisch gegenüber.

Am 15. und 16. Dezember trat der erweiterte Vorstand des Deutschen Verkehrsverbandes im Berliner Gewerkschaftshaus zu einer Tagung zusammen, an der auch die Gauleiter und die Bevollmächtigten der großen Verwaltungen teilnahmen.

Der Bundesvorsitzende Schumann konnte in seinem Bericht über den Stand der Organisation feststellen, daß der Deutsche Verkehrsverband seine Mitgliederzahl in diesem Jahre beträchtlich gesteigert hat und gegenwärtig

rund 375 000 Mitglieder

zählt. Für die Wirtschaftskämpfe und an sonstigen Unterstützungen sind allein in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres weit über 4 Millionen Mark verausgabt worden. Ein Beweis für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation. Besonders erfreulich sei die Tatsache, daß die Lohnbewegungen des Verbandes fast ausnahmslos erfolgreich beendet werden konnten. Schumann schloß mit der Aufforderung, alle Kräfte einzusetzen, damit die Organisation auch in der Folgezeit allen an sie herangetretenen Aufgaben und Anforderungen gerecht werden könne.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der Durchführung der vom 13. Bundestage in Leipzig beschlossenen Satzungsänderungen. Hier ist vor allem von Bedeutung die

Einführung einer Inoakdenunterstützung

die aus dem ordentlichen Verbandsbeitrag gewährt wird und je nach der Mitgliedschaftsdauer und der Höhe des Beitrages Unterstützungen bis zum Höchstbetrage von 110 RM monatlich vorsieht. Diese Inoakdenunterstützung tritt mit dem 1. Juli 1929 in Kraft. Die übrigen Satzungsänderungen beziehen sich auf die Bundesführung, die Freiwillige, Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung (Fakulta) und die Renten- und Pensionszuschüsse (Rentka).

Dem Entwurf eines Kartellvertrages mit dem Verband der Fabrikarbeiter wurde einmütig zugestimmt und dem Vorstande die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Vertrages erteilt.

Zur Frage des Zusammenschlusses

mit dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter berichtete Schumann, daß die Besprechungen neuerdings wieder aufgenommen worden sind. Die Konferenz folgte hierzu folgenden einstimmigen Beschlusse:

„Entsprechend dem Beschlusse des 13. Bundestages ist der Deutsche Verkehrsverband nach wie vor bereit, den Zusammenschluß mit dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu vollziehen. Falls der Einheitsverband die für ihn in der Frage des Zusammenschlusses bestehenden Schwierigkeiten in absehbarer Zeit nicht zu beheben vermag, ermächtigt die Konferenz den Bundesvorstand zur Aufnahme von gesonderten Verhandlungen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Neue Schlichter.

Für Westfalen und Schlesien.

Der bisherige Schlichter für Westfalen, Regierungsrat Brisch, wird infolge seiner im August ausgesprochenen Kündigung mit Ablauf dieses Jahres aus seinem Amte ausscheiden. In seiner Stelle ist Regierungsrat Dr. Brahn in Beuthen O.-Schl. zum hauptamtlichen Schlichter für den Schlichterbezirk Westfalen bestellt worden. Die Schlichterbezirke Niederschlesien und Oberschlesien werden mit Wirkung vom 1. Januar zu einem Schlichterbezirk Schlesien vereinigt. Zum Schlichter für den neuen Bezirk ist Oberpräsident v. D. Philipp mit den Dienstjahren in Breslau und Beuthen bestellt worden.

Reorganisierung Berliner Holzarbeiter.

Das neue Ortsstatut.

Die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hatte zu Dienstagabend nach dem „Clubhaus“ in der Ohmstraße eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die sich mit dem Entwurf eines neuen Ortsstatuts befaßte.

Seit der Schaffung des letzten Ortsstatuts im Jahre 1919 sind durch die Generalversammlung viele Änderungen beschlossen worden, so daß dieses Statut praktisch schon lange nicht mehr bestand. Dieser auf die Dauer unhaltbare Zustand hat die Ortsverwaltung veranlaßt, ein neues Statut auszuarbeiten, das nach mehrstündiger Beratung von der Generalversammlung mit 198 gegen 128 bei vier ungünstigen Stimmen angenommen wurde.

Viele Bestimmungen des neuen Statuts sind nur eine Verankerung der verschiedensten Generalversammlungsbeschlüsse, ändern also an den bestehenden Verhältnissen nichts. Die hauptsächlichsten Änderungen betreffen die Wahlen der Generalversammlungsdelegierten und der Bezirks- und Branchenkommisionen. Die Delegierten werden in Zukunft nicht mehr nach sogenannten Richtungslisten gewählt. Es werden vielmehr die Namen aller Kandidaten auf einen Stimmzettel gesetzt, aus dem dann zu streichen ist. Die Kandidaten werden in den Bezirks- und Branchensammlungen aufgestellt. Die erweiterte Verwaltung stellt die Kandidatenlisten zusammen, während die endgültige Aufstellung der Generalversammlung vorbehalten ist. Die Bezirks- und Branchenkommisionen werden nicht mehr von den Jahresversammlungen der Bezirke und Branchen gewählt, die ist im Gegensatz zu den anderen Versammlungen so überfüllt waren, daß viele Mitglieder ihr Wahlrecht nicht ordnungsgemäß ausüben konnten, sondern von den Delegierten und Ersatzleuten zur Generalversammlung.

In einigen anderen Abschnitten des Statuts sind Bestimmungen getroffen, die es unterbinden, daß die Versammlungen des Verbandes zu politischen Tummelplätzen gemacht werden können. Die sogenannte „Opposition“ liegt natürlich gegen diesen Statutenentwurf Sturm, verteidigte die „Demokratie“ im Verbanne und konstruierte aus jeder Abänderung einen „Raub der Mitgliederrechte“.

Die Mehrheit der Generalversammlung bewies jedoch bei der Abstimmung, daß sie die von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Änderungen als zwingende Notwendigkeiten ansieht.

Eine Konferenz der Werkmeister.

Die Lage auf den Seeschiffswerften.

Der Deutsche Werkmeisterverband, Sitz Düsseldorf, veranstaltete am 16. Dezember eine Reichskonferenz seiner Fachgruppe Seeschiffswerften in Hamburg. Die von allen Werkorten besandte Konferenz beschäftigte sich eingehend mit der augenblicklichen Lage in der Werftindustrie. Der Vertreter der Werkmeister auf den Seeschiffswerften präzisieren ihre Stellungnahme in folgenden Sätzen:

Der Absterbungsprozess der Werftbetriebe nimmt seinen Fortgang. Die dadurch entstehenden sozialen Schäden sind außerordentlich groß. Viele altgediente Werkmeister werden nach einem arbeitsreichen Leben der Arbeitslosigkeit und damit dem Elend preisgegeben. Die Schutzgesetze für ältere Angestellte sind für solche Opfer der Wirtschaft völlig unzulänglich und bedürfen dringender durch die gesetzgebenden Körperschaften einer zeitgemäßen Verbesserung.

Die Konferenzteilnehmer hoffen trotz der bestehenden Schwierigkeiten auf eine baldige Gründung der Werftindustrie. Sie erwarten eine solche jedoch niemals durch Subventionen durch das Reich, die Länder oder die Gemeinden. Diese können nur zu einer Erziehung des Wettbewerbs in der Schiffbauindustrie führen, ohne eine dauernde Besserung. Die Subventionen, gleich welcher Art, werden deshalb als untaugliches Mittel für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung abgelehnt.

Die Werkmeister erwarten weiter eine angemessene Bewertung ihrer veranimatorischen Tätigkeit. Die bisherige Auswirkung des Gehaltstarifes auf der Grundlage des Leistungsprinzips kann keinesfalls befriedigen. Die Konferenzteilnehmer hoffen auf ein größeres Verständnis bei den Werften zu den seit Jahren geäußerten berechtigten Tarifwünschen der Werkmeister.

Schlichtungsverhandlungen im Werftarbeiterstreik.

Die Schlichtungsverhandlungen im Werftarbeiterstreik, die am Mittwoch früh begonnen haben, sind gestern nicht beendet worden und werden heute vormittag um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Schiedspruch in der Lausitzer Tuchindustrie.

Der Schlichtungsausschuß Cottbus fällt am 19. Dezember für die Lausitzer Tuchindustrie einen Schiedspruch, wonach die bisherigen Löhne bis zum 30. September 1929 weiter in Kraft bleiben sollen. Für jugendliche Arbeiter (14 bis 18) soll ab 1. Januar 1929 eine Erhöhung von 5 bis 10 Proz. eintreten. Erklärungen der beiden Parteien bis 5. Januar 1929.

SPD-Metallarbeiter im Bezirk 21. Morgen, Freitag, 16 1/2 Uhr, wichtige Zusammenkunft aller SPD-Metallarbeiter des Bezirks 21 im Lokal Schützengasse, Oberhafenstraße, Schillerparkstraße 2. Ordnen aller Genossen in Pflicht, Paktel- und Mitgliedsbuch des SPD ist als Ausweis mitzubringen. Der Fraktionsvorsitzende.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Dienstag, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Sozialistische Metallarbeiter, Eisenarbeiter, 18. Zimmer 2. Lang- und Lieberabend, Bauarbeiter, Jugendberlin, Bauarbeiter (Sportplatz), an der Poststraße, Weihnachtsfeier. — Kadettenklub, Jugendklub des Odena, Groß-Frankfurter Str. 18. Duergh, postl., Zimmer 2. Unsere Weihnachtsfeier: Was erleben uns gemeinsam durch lustige Überraschungen. — Tempelhofer Gruppen beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Unsere Weihnachtsfeier. — Eichen: Gruppen beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. (Kameradschaft). Weihnachtsfeier in der Gruppe Eichen. — Weidlich: Gruppen beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Bei uns herrscht Weihnachtsstimmung. — Weidlich: Im Jugendheim des Anzeiger Germaniastr. 4-6. Unsere Weihnachtsfeier. — Alpen: Jugendklub beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Unsere Weihnachtsfeier. — Schöneberg: Jugendklub beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Unsere Weihnachtsfeier.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anzeiger

Freitag, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Expedition Jugendklub beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Posttag: Winterferienabend. — Kottbus: Dr. Max Schlichter. — Schöneberg: Jugendklub beim Anzeiger Germaniastr. 4-6. Weihnachtsfeier.

Berantwörtlich für Politik: Dr. Curt Geiler; Wirtschaft: G. Kieselstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Gierke; Kultur: A. G. Böhler; Lokal- und Landkreis: Fritz Kartheiser; Anzeigen: Ed. Glöckner; Amtlich in Berlin: Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formaris-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co. Berlin, SO 4, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

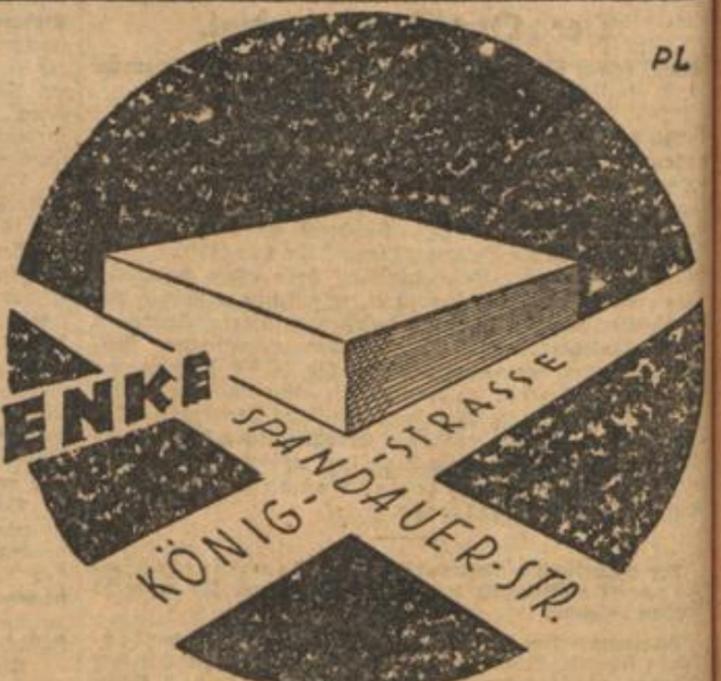
N*J ISRAEL

DAS KAUFHAUS
IM ZENTRUM
DAS ZENTRUM
DES EINKAUFES

FÜR
**PREISWERTE
WEIHNACHTS-GESCHENKE**
SONNTAG VON 2-6 UHR
GEÖFFNET

DER TREFFPUNKT
IM ZENTRUM
MEIN GROSSER
ERFRISCHUNGSRaum

MOTTERI LASST WAHREND DES EINKAUFES
EURE KINDER UNTER OBHUT
IN DER N.J.-KINDERSTUBE SPIELEN



PL